

Der Bürgermeister geht auf die Historie ein und verweist auf den Ratsbeschluss vom Juli 2017. Zur Entscheidung habe die Schulsozialarbeit im bekannten Umfang oder deren völlige Einstellung gestanden. Der damalige Beschluss sei aufgrund der vorübergehenden Abwesenheit eines Ratsmitgliedes und der kurzfristigen Änderung eines Abstimmungsverhaltens von „Ablehnung“ auf „Enthaltung“ denkbar knapp mit einer Stimme Mehrheit pro Schulsozialarbeit ausgefallen. In der Folge habe er in verschiedenen politische Gespräche geführt mit dem Ziel der Sicherstellung einer deutlichen Mehrheit für Schulsozialarbeit – auch im Wege eines Kompromisses. Insbesondere bei den Gesprächen mit denjenigen, die damals mit „nein“ gestimmt hätten, sei ihm deutlich geworden, dass eine mögliche Kompromisslinie darin liegen könne, den Finanzierungsanteil der Gemeinde so zu gestalten, dass man bei einer Erhöhung der Grundsteuer B von 9 Prozentpunkten herauskomme. Daraufhin habe er ganz klar den Auftrag an die Leiterin des Sozialamtes, Frau Vetter, erteilt, zusammen mit den Schulleitungen mögliche Modelle des reduzierten Umfangs durchzusprechen. Selbstverständlich sei ihm klar gewesen, dass dies nicht auf die Gegenliebe der Schulleitungen treffe.

Des Weiteren geht der Bürgermeister auf die Förderung ein. Der Förderantrag sei unter Vorbehalt des noch ausstehenden Ratsbeschlusses noch vor den Sommerferien gestellt worden. Bis zum 30.09. habe wiederum der Rhein-Sieg-Kreis den entsprechenden Antrag an das Land stellen müssen. Ein Tag nach der Ratssitzung am 17.09. sei der Antrag formal an den Kreis nachgereicht worden. Heute Mittag sei der Fördermitteilung des Rhein-Sieg-Kreises eingegangen. Der Bescheid ist als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügt. Der Bürgermeister zitiert Einzelheiten daraus. Allerdings seien Mittel in dem Umfang bewilligt worden, wie sie dem heute aufgehobenen Ursprungsbeschluss vom 17.09. entsprochen hätten. Man könne heute einen Beschluss mit einem höheren Fördervolumen fassen, allerdings könne man heute nicht sagen, ob weitere Restmittel verfügbar seien. U.U. sei dies schwierig, da die Mittel kontingentiert seien.

Den Vorschlag von Herrn Reisinger, auch seitens der Schulpflegschaften das Land in die Pflicht zu nehmen, begrüßt der Bürgermeister. Es habe auch bereits verschiedene Gespräche von Ratsmitgliedern zu den jeweiligen Fraktionen auf Landesebene gegeben.

In Ergänzung zum letzten Wortbeitrag des Bürgermeisters erklärt Herr Kolf, dass man in der Sache nicht untätig war, allerdings habe Finanzminister Lutz Lienenkämper sich zwar die Problematik angehört, gleichwohl sei man im Grunde auf taube Ohren gestoßen. Es sei lediglich klar, dass bis 2021 die Finanzierung 60/40 gesichert sei. Weitere Zugeständnisse gebe es bisher nicht.

Herr Meeser nimmt Stellung für die antragstellende BfE-Fraktion. Er bedankt sich für die Ausführungen der Schulen und der Schulpflegschaften. Dies habe bekräftigt, dass die Informationen der Verwaltung in der letzten Sitzung irreführend gewesen seien. Zudem habe er eine Klarstellung der Verwaltung in der Sitzung hierzu vermisst. Auch wenn die Gemeinde Eitorf jetzt der Notnagel sei, müsse man dennoch die Maßnahmen fortführen, um die Finanzierungsprobleme nicht auf dem Rücken der Eltern und der Schüler auszutragen. Das Zusammenstreichen der Stunden sei nur eine halbherzige Lösung und führe zu keinem Erfolg. Im ersten Teil der seinerzeitigen Beschlussvorlage habe die Verwaltung sehr gut beschrieben, was die Schulsozialarbeit bedeute. Es sei auch gesagt worden, dass es am Ende teurer werde, wenn man die Schulsozialarbeit bis hin zur Bedeutungslosigkeit reduziere. Die BfE werde der Variante 1 mit der erhöhten Stundenzahl zustimmen und appelliere diesbezüglich an CDU und FDP.

Nach lautstarken Beifallsbekundungen aus dem Zuschauerbereich bittet der Bürgermeister, dies zu unterlassen. Dies sei eine Ratssitzung, die in entsprechend geordneter Weise abzuwickeln sei und Beifallsbekundungen, Buhrufe o.ä. in dieser Form nicht erwünscht seien.

Herr Strausfeld stellt deutlich klar, dass die CDU nie gegen die Schulsozialarbeit gewesen ist. Dies sei auch stets in den Sitzungen verdeutlicht und klargestellt worden. Man sei überrascht, dass in verschiedenen Medien publiziert würde, wie schlecht die CDU über die Schulsozialarbeit denke. Dies habe Herr Meeser mit dem Wortbeitrag auch noch einmal unterstrichen. Die CDU habe sich auf die Aussage der Verwaltung in der letzten Ratssitzung verlassen, dass die vorgeschlagene Vorgehensweise mit den Schulen abgestimmt sei, so nachzulesen auf Seite 5 der Ratsniederschrift. Begrifflichkeiten wie „abgestimmt, zugestimmt, quergestimmt etc.“ seien hierbei seiner Meinung nach völlig unerheblich. Aufgrund der Aussage habe man die Entscheidung getroffen und es sei völlig unverständlich, dass man

dafür in den sozialen Medien Prügel beziehe. Zudem habe auch der Förderantrag zügig eingereicht werden müssen. Er sei Frau Engländer-Klein für die Klarstellung dankbar. Bei der Mail von Herrn Reisinger an die Fraktionen entnehme er eine gewisse „Ideologie“. Die CDU stehe für ein eindeutiges JA zur Schulsozialarbeit, die Finanzierung müsse man aber auch im Auge behalten, auch in Bezug auf das finanzielle Gesamtkonstrukt und die von der Gemeinde zu bewältigenden Aufgaben.

Der Bürgermeister stellt nochmal klar, dass in der Beschlussvorlage deutlich dargestellt wurde, dass die Schulsozialarbeit von den Schulleitern im bisherigen Umfang für nötig erachtet wurde. Die Suche nach dem Kompromiss sei eindeutig aufgrund des denkbar knappen Abstimmungsergebnisses im Vorjahr entstanden. Die Irritationen seien seiner Auffassung nach aber nun ausgeräumt.

Frau Zorlu kritisiert im weiteren Verlauf der Aussprache den von Herrn Strausfeld genannte Vokabel „Ideologie“. Sie verstehe das eher als „Betroffenheit“.

Herr Strausfeld erklärt, dass dies in der Tat die falsche Wortwahl war, entschuldigt sich dafür bei Herrn Reisinger und ersetzt den Begriff „Ideologie“ durch „Besorgnis“.

Frau Zorlu bedankt sich für die Unterstützung durch die BfE mit dem vorgelegten Antrag. Sie sei froh, dass heute neu beraten und beschlossen werde. In der zurückliegenden Sitzung sei es „so rüber gekommen“, dass die Schulleiter dem zugestimmt hätten. Frau Zorlu schildert die dringende Notwendigkeit der Schulsozialarbeit in Eitorf und stellt klar, dass die SPD den Änderungsantrag aus der vorhergehenden Sitzung aufrecht erhält, den Beschluss mit dem Stundenanteil von 173,5 Stunden zu fassen und auch den Förderantrag entsprechend zu modifizieren.

Herr Böhm stellt auch für die FDP-Fraktion klar, dass die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit absolut außer Frage steht. Allerdings könne auch niemand den tatsächlichen Bedarf nennen. Ansätze, in diese Richtung weiter zukommen, hätten bisher zu keinem Ergebnis geführt. Insofern seien die beiden vorgetragenen Stellungnahmen hilfreich gewesen. Er lade Schulleiter und Schulpflegschaft gerne in den Schulausschuss ein, um konzeptionell zu erarbeiten, wie sich der Bedarf künftig darstelle.

Herr Kolf bezieht sich auf die nun feststehende Förderung für 105 Stunden für den Zeitraum 2019/2020. Er fragt nach der rechtlichen Konsequenz, wenn heute anders beschlossen werde.

Der Bürgermeister stellt die Notwendigkeit eines heutigen Beschlusses klar und zitiert aus dem Förderbescheid des Rhein-Sieg-Kreises. U.a. weist er daraufhin, dass mit dem Kreis ein sog. Weiterleitungsvertrag zu schließen ist.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass der Bewilligungsbescheid der Landesregierung ein Verwaltungsakt an den Rhein-Sieg-Kreis mit der Förderzusage darstelle. Dementsprechend habe der Kreis mit der Gemeinde Eitorf einen Weiterleitungsvertrag auf Basis eines bestehenden Ratsbeschlusses zu schließen. Seiner Einschätzung nach könne man den bestehenden Förderantrag modifizieren, ohne dass der bisherige Antrag Schaden nehme, vorausgesetzt, der Fördergeber teile diese Rechtsauffassung. Allerdings stelle sich die Frage, ob der Fördergeber den Bescheid überhaupt tatsächlich anpassen könne.

Herr Meeser nimmt Stellung zu den Ausführungen von Herrn Strausfeld. Er habe die CDU nie verunglimpft, sondern – auch im Sitzungsverlauf – lediglich festgestellt, dass die CDU zu dem Zeitpunkt mit der Variante 3 zufrieden gewesen und nicht bereit gewesen sei, mehr Steuergelder für die Variante 1 aufzubringen. Bereits in der März-Sitzung des Schulausschusses sei der Bedarf deutlich dargestellt worden. Insofern könne man die Fragen hierzu nicht verstehen.

Herr Scholz stellt fest, dass es offensichtlich ein Eitorfer Phänomen sei, dass alle das gleiche wollten, aber man dennoch selten einen Konsens finde. Im Übrigen geht er kurz auf die Historie und die grundsätzliche Erfordernis ein. Allen sei doch ersichtlich, dass die Schulsozialarbeit wirklich notwendig sei, und zwar im kompletten Umfang. Mache man nur einen Teil, komme dies in diesem Sinne „unterlassener Hilfeleistung“ für gesellschafts- und sozialpolitische Verantwortung gleich. Haushaltsmittel seien doch verfügbar.

Frau Schumacher bezieht sich auf die Vielzahl der Sitzungen. Fraktionsübergreifend bestand stets Einvernehmen über die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit. Strittig sei immer nur die Frage der Finanzierung gewesen. Insbesondere vor dem Hintergrund der guten Konjunktur und der verbesserten finanziellen Situation der Kommunen fragt sie nach Alternativen zur Grundsteuer-Finanzierung.

Herr Strack verweist auf das Haushaltssicherungskonzept, macht aber auch deutlich, dass sich der Rat in den zurückliegenden Jahren entschieden hat, „viel Geld in die Hand zu nehmen“ um einem Niedergang der Gemeinde entgegenzuwirken. So seien Stellen für verschiedene Bereiche geschaffen worden. Mittel, die der Gemeinde aufgrund der guten Wirtschaftslage zur Verfügung ständen, könnten hierfür verwendet werden, ohne den angestrebten Haushaltsausgleich zu gefährden. Bei allem Schwarze-Peter-Spiel hinsichtlich der Finanzverantwortung sei doch die Schulsozialarbeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller. Daher habe man eine Finanzierungsmöglichkeit gesucht, die möglichst viele in der Gemeinde mitzutragen haben. Explizit ausgeschlossen worden seien hierbei Gelder, die zulasten der Gebührenzahler gehen. Daher habe sich die Grundsteuer angeboten. In diesem und dem zurückliegenden Jahr sei für Schulsozialarbeit weniger ausgegeben worden als im Haushalt vorgesehen. Im Haushalt sei auch abgebildet, das komplette Programm zu fahren. Die dafür vorgesehene Grundsteuer B-Erhöhung wurde bereits zum Haushalt 2018 beschlossen und gilt fort. Ergänzend erinnert er daran, dass daneben auch die Straßenreinigung und der Winterdienst über die Grundsteuer abgegolten wurden. Aufgrund von Einsparungen sei die Grundsteuer B um 2 %-Punkte gesenkt worden. Man werde künftig nun in Anlehnung an das Kommunalabgabengesetz (Kalkulation von Gebühren) einen Zeitraum von drei Jahren nehmen, um mögliche Über- oder Unterdeckungen bei Straßenreinigung, Winterdienst und Schulsozialarbeit zu kumulieren und anschließend die Grundsteuer B entsprechend anzupassen. Weitere Details hierzu und zur Haushaltssituation insgesamt würden mittels einer umfangreichen Vorlage in der kommenden Hauptausschusssitzung mitgeteilt.

Herr Moreira macht deutlich, dass eine vernünftige Finanzierung gewährleistet sein muss und die Schulsozialarbeit ein wichtiges Thema für die Gemeinde sei. Zudem appelliert er an eine sachliche Diskussion in dieser wichtigen Angelegenheit.

Herr Pahl möchte wissen, wie sich die Entwicklung der Grundsteuer B bis 2020 darstellt.

Aktuell, so erklärt Herr Strack, liege man bei 564 Prozentpunkten. Darin enthalten seien 40 Punkte für Schulsozialarbeit, Winterdienst und Straßenreinigung. 2019 kämen gemäß Beschlusslage weitere 10 Prozentpunkte für die allgemeine Haushaltsfinanzierung hinzu, anschließend noch zweimal jeweils 5 Prozentpunkte. Damit befinde man sich noch im unteren Drittel im Rhein-Sieg-Kreis.

Auf Frage von Frau Schumacher erklärt Herr Strack, dass es sich bei der angegebenen jährlichen Grundsteuermehrbelastung pro Grundstück um einen Mittelwert handelt, der selbstredend je nach Immobilienwert unterschiedlich sei.

Herr Bellinghausen beantragt gem. Geschäftsordnung vor der Abstimmung eine Sitzungsunterbrechung.

Der Bürgermeister stellt keine Gegenrede fest.

**Er unterbricht um 19.02 Uhr die Sitzung und ruft um 19.22 Uhr zur Fortsetzung auf.**

Herr Böhm stellt den Antrag, die Formulierung des SPD-Antrages zu übernehmen und darüber hinaus wie folgt zu ergänzen: „Die Verwaltung wird beauftragt, mit den zuständigen Gremien eine Bedarfsanalyse in Form eines Konzeptes auszuarbeiten. Auf der Basis soll dann über Umfang und Finanzierung der Schulsozialarbeit vorbehaltlich der gleichen Förderbedingungen ab 2021 entschieden werden.“

Frau Zorlu erklärt, dass man dieser Erweiterung auch zustimmen werde. Im übrigen bittet sie bei erforderlichen Nachbesetzungen direkt auszuschreiben. Dies sei in der Vergangenheit nicht geschehen.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies wohl aber weitestgehend schon gemacht wurde.